

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, W. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postfach - Konto Dresden 2486 / Staatsbank - Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 29

Dresden, Donnerstag, 4. Februar

1932

Die Bierpreisfestsetzung.

Künftig wird mitgeteilt:
Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat am 29. Januar 1932 Anordnungen über die Festsetzung der Preise für Vollbier getroffen. Die Preisermäßigung beträgt mit Wirkung vom 6. Februar 1932 an bei einem Ausschankpreis bis zu 80 RM. je Hektoliter 4 RM., bei einem Ausschankpreis bis zu 100 RM. je Hektoliter 6 RM., bei einem Ausschankpreis von mehr als 100 RM. je Hektoliter 8 RM. gegenüber dem Stand vom 8. Dezember 1931. In dieser Preisermäßigung ist die Festsetzung der Preise der Brauereien um 2 RM. je Hektoliter enthalten. Die auf die gangbaren Maßgefäße entfallenden Zeitbeträge sind errechnet und in einer tabellarischen Übersicht der Anordnung beigefügt. Übersteigt der Ausschankpreis den Betrag von 80 RM. je Hektoliter deshalb, weil besondere Verwendungen für die Verführung von unzufälligen oder ähnlichen unterhaltenden Darbietungen nicht mechanischer Art bestehen, so kann der Inhaber der Maßfässer es bei einer Preisermäßigung von 4 RM. je Hektoliter verwenden lassen. Die Anstrengung der Anordnung vom 6. Februar 1932 an soll den Maßfässern die Möglichkeit geben, die notwendigen Anstellungen ohne Überbürdung vornehmen zu können. Schließlich ist die Anbringung einer Preistafel vorgeordnet, auf der der Preisunterschied für jede ausgesessene Maßeneinheit gegenüber dem Stand vom 8. Dezember 1931 in jedem Geschäftsfloß auszuweisen ist.

Die Beteiligten wurden vom Reichskommissar für Preisüberwachung vor dem Ablauf der Anordnung gehört. Die Festsetzung des Brauereipreises um nur 2 RM. ist in der Öffentlichkeit vielfach bemängelt worden. Die Berücksichtigung auf dieses Maß der Festsetzung hat ihren Grund darin, daß andererseits eine erhebliche Zahl von Klein- und Mittelbetrieben nicht mehr existenzfähig geblieben wäre. Das wäre für die Gesamtwirtschaft wie für die dort beschäftigten Arbeitnehmer im gegenwärtigen Zeitpunkt eine sehr gefährliche Auswirkung gewesen. Die Vertreter des Maßfässergewerbes wiesen mit sehr guten Gründen darauf hin, daß angesichts des starken Abwärtsrückganges der Minderungen des Schankpreises für das Gewerbe antragbar sei und daß der Übergang zur Preisermäßigung für viele auf die Kalkulation der einzelnen Betriebe mit großen Schwierigkeiten und Ausgaben verbunden sei. Die erlassenen, die Festsetzung der Bierpreise zu unterlassen oder doch wenigstens zu vermindern. Die Erfüllung dieses Wunsches hätte die Folge gehabt, daß entweder die mit dem Preisbündel des Deutschen Brauerbundes und der Festsetzung des Maßbiergroßhandels bereits beschlossenen Festsetzungen der Brauerei- und Maßbiergroßhandelspreise um 2 RM. und um 1 RM. ebenfalls hätte unterbleiben müssen, oder daß diese Preisfestsetzungen dem Maßfässergewerbe neben den ihm ohnehin schon zugute kommenden Erparnissen an Gehältern, Löhnen, Zinsen, Mieten und Materialkosten zugesprochen wären. — Beide Wege waren für den Reichskommissar ungangbar. So hier ist ein für die Gesamtwirtschaft zu wichtiger Gesichtspunkt, daß die Auswirkung der Werten der Vorarbeiten der Herrn Reichspräsidenten auch bei den Bierpreisen unterbündig durchgeführt werden mußte.

Die Bürgersteuer der Kurzarbeiter.

Berlin 3. Februar.
Personen, die 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorrichtung ist für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen der Lohnsteuerfreigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten, und von denen daher jetzt in der Steuerkarte die volle Bürgersteuer angefordert werden mußte, besonders hart. Der Reichsminister der Finanzen hat daher dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung vorgelegt. Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen Nichtüberschreitens der Lohnsteuerfreigrenze am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, statt der vollen nur die Hälfte der in der Steuerkarte angeforderten Bürgersteuer einzubehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist. Die Erleichterung soll wenn der Reichsminister zustimmt, bereits für die Bürgersteuer gelten, die am 1. Februar 1932 fällig wird.

Ein Versuch zur Einbürgerung Hitlers.

Die thüringische Regierung überreicht der Reichsregierung Material zur Nachprüfung.

Berlin, 3. Februar.

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung heute das folgende Material übergeben. Der Reichsführer hat es dem Reichsminister des Innern zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Reichsminister.

Heute mittags zwischen 11 und 12 Uhr rief mich ein Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ an und teilte mit folgendem:

Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ habe ihm heute nacht mitgeteilt, daß in der heute erscheinenden Nummer des von Stenose gegründeten und von Kapitan Ehrhardt fortgeführten „Montagsblattes“ folge:

Es würde eine große Überraschung geben. Hitler sei in einem deutschen Land bereits von einer nationalsozialistischen Regierung — wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten — eingebürgert. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ in München geheim verwahrt, um im geeigneten Zeitpunkt verwendet zu werden.

Die Notiz lasse erkennen, daß das betreffende Land Thüringen sei. Der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ fragte mich, ob das für Thüringen zuträfe. Ich erwiderte ihm, daß mir von der Sache nichts bekannt sei. Kurze Zeit darauf teilte ich das dem Reichsminister A. mit, der in mein Zimmer zum Vortrag gekommen war. Er sagte darauf, daß er und der Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber nicht darüber sagen könnten, da der Minister Dr. Frid sie zur Amtsverschwiegenheit in dieser Angelegenheit verpflichtet habe. Ich hielt die Angelegenheit für so bedeutungsvoll, daß ich sofort Herrn Minister Dr. Kästner, der zurzeit auf Urlaub in Gotha weilte, telefonisch über das Vorgesagte verständigte. Herr Reichsminister A. hatte auch zum Ausdruck gebracht, daß ihm daran gelegen sei, daß Minister Dr. Kästner orientiert würde.

Minister Dr. Kästner erschien nachmittags und ordnete auf Vortrag an, Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. zu einer dienstlichen Erklärung zu veranlassen.

Nachrichtlich: gez. Walther, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Reichsminister.

Dem vorstehenden Auftrage entsprechend habe ich daraufhin alsbald die beiden Herren aufgefordert, sich dienstlich zu äußern. Beide erklärten übereinstimmend, es sei ihnen etwas über die Angelegenheit bekannt. Minister Dr. Frid habe sie aber ausdrücklich zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Sie glaubten daher, keine Angaben machen zu dürfen, um sich nicht in Gegensatz mit § 9 des Staatsbeamtengesetzes zu bringen.

Ich machte die beiden Herren darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des Reichsministers ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestünde, daß vielmehr nach seiner Ansicht beide Herren verpflichtet seien, dem derzeitigen Minister im Amt auf Verlangen auch über Amtshandlungen seines Vorgängers Mitteilung zu machen, für die im übrigen für sie die Dienstverschwiegenheit zum Schweigen bestünde.

Beide Herren haben, dem Herrn Staatsminister Dr. Kästner ihre Auffassung mitgeteilt. Ich teilte Herrn Minister Dr. Kästner das mit. Nachricht: gez. Walther, Ministerialrat.

Weimar, den 1. Februar 1932.

Staatsminister Dr. Kästner eröffnete den Beteiligten persönlich, da sie unbedingt verpflichtet seien, ihnen zur Kenntnis unterliegende dienstliche Vorgänge, auch wenn sie unter einem aufrechten Schweigegebot seines Vorgängers stünden, wahrheitsgemäß zu bekunden. Die Amtsverschwiegenheit könne nach dem Sinn des § 9 des Staatsbeamtengesetzes nur gegenüber dem Minister für seine Amtszeit Geltung haben. Die Beamten würden sich sonach eines Dienstvergehens schuldig machen, wenn sie seiner Aufforderung zur dienstlichen Äußerung nicht nachkämen.

Es erklärte darauf Oberregierungsrat B.: Ich will nunmehr auslegen. Es hat mich schon sehr bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedenklich hielt, aber den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war.

Es ist wohl im Juli 1930 gewesen, jedenfalls an einem Tage, wo ich mich auf Urlaub ab-

meldete. Minister Dr. Frid ließ mich am Vormittag kommen und Anstellungsurkunden mitbringen. Den Grund hierfür wußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach meinem Urlaub aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen vorgelegt „auf Anordnung“, wozu Minister Dr. Frid noch erklärte, daß er für den Inhalt des Dokuments die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Dokument bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkriegs, Adolf Hitler“ die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen wurde. Über den Stellenantritt und die Dienstverhältnisse war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Dokument bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Hitler auf Dienstantritt und Befolgung verzichtete. Es war dies der Entwurf eines Schreibens, das offenbar Adolf Hitler zur Unterschrift vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgebracht. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das Thüringische Finanzministerium müsse zur Mitzeichnung ausgenutzt werden, und wohl auch gesagt, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müsse. Minister Dr. Frid erklärte, daß er den — damals heulauten — Finanzminister vertrete und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betreibe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich auf Amtsverschwiegenheit gegen jedermann. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher nicht gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Abteilungsleiter Ministerialrat A. erfahren, daß ihm Minister Dr. Frid in die Vorgänge eingeweiht habe. Wir haben beide gemeinsam überlegt, wie wir uns gegenüber dem Schweigegebot, das uns ausserordentlich bedrückte, verhalten sollten. Es wäre uns am liebsten gewesen, wenn wir dem Nachfolger Dr. Frids dienstlich darüber Meldung hätten machen können. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, daß das Schweigegebot dem entgegenstände. Ministerialrat A. hatte in den folgenden Kommentaren nachgesehen, aber, wie er angab, nichts zu der beregten Frage gefunden.

Minister Dr. Frid verwarfe die Schreiben — Entwurf und Reinschrift — selbständig. Welche Verwendung sie fanden, darüber weiß ich nichts. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Diensthaken zu geben oder die Anstellung Hitlers in den Bekanntmachungen wie üblich zu veröffentlichen. Ihm hatte ich allerdings auf Befragen zum Ausdruck gebracht, daß meiner Meinung nach Hitler durch seine Beteiligung am Weltkrieg auf deutscher Seite Anspruch auf Einbürgerung haben müßte.

Darauf erklärte der Ministerialrat A.: Ich begrüße es, daß ich nunmehr gezwungen werde, das, was ich weiß, auszusagen. Eines Tages, wohl im Juli 1930, legte mir der Oberregierungsrat B. er komme eben vom Minister Frid und habe dort auf dessen Anweisung an einer Sache mitwirken müssen, die vielleicht von außerordentlicher Tragweite sein würde er sei aber zu strengster Amtsverschwiegenheit verpflichtet worden. Er fühlte sich sehr bedrückt dadurch. Auf meine Frage, ob die Sache ihn persönlich betraf, oder ob die Polizeibehörde des Reichsministers dabei beteiligt sei, sagte er, persönlich seien wir beide nicht dabei beteiligt, die Polizeibehörde gehe die Sache aber an. Ich machte keinen weiteren Versuch, aus Herrn B. etwas herauszubekommen, um ihn nicht in Konflikt zu bringen und da ich seine strenge Dienstauffassung kenne.

Etwas acht Tage danach ging ich zum Minister Dr. Frid zum Vortrag, er wollte an diesem Tage auf Urlaub gehen. Nachdem ich meine Sachen vorgelegt hatte, sagte der Minister, er wolle mir jetzt Kenntnis von einer Sache geben, die meine Abteilung betraf. Er verpflichtete mich aber ausdrücklich zu strengster Amtsverschwiegenheit gegen jedermann. Er gab mir darauf ein Blatt Papier zum Lesen. Es war das Formular einer Anstellungsurkunde, auf dem in der Schrift des Oberregierungsrats B. stand, daß der „Frontkämpfer des Weltkriegs Adolf Hitler“ in Hildburghausen zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannt wurde. Als ich diese ersten Worte gelesen hatte, sagte ich sofort zum Minister Dr. Frid, das ginge doch nicht; die Stelle sei zwar frei, aber nach den geltenden Bestimmungen müßte

doch der Finanzminister mitwirken. Dr. Frid entgegnete etwas scharf, er vertrete den Finanzminister und handle in doppelter Eigenschaft als Innenminister. Ich las dann weiter bis zum Ende, weiß aber infolge der Erregung, in der ich mich befand, nur noch dunkel, daß irgendein Passus darin stand, wonach Hitler irgendwelche Rechte auf Amt oder Gehalt aus der Anstellung nicht herleite. Ob die Urkunde unterschrieben war, kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiß nur, daß ich in der rechten unteren Ecke das Signum des Oberregierungsrats B. sah. Es stand aber nichts da. Nachdem ich gelesen hatte, gab ich die Urkunde dem Nachfolger Dr. Frid. Dr. Frid sagte mir, die Stelle würde gleich wieder frei, da Hitler sofort um seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachsuchen werde; die Stelle könne also mit dem einige Wochen vorher von mir vorgeschlagenen Gendarmerieoberwachmeister J. dann besetzt werden.

Ich sagte dann dem Minister Dr. Frid, es sei mir unangenehm, daß ich Kenntnis erhalten habe. An sich sei Hitler die Einbürgerung zu gönnen, da er im Kriege sich in der Front des Er. I. erworben habe und ich nicht verstände, daß ihm die Einbürgerung bisher verweigert worden sei. Ich hätte aber doch Zweifel, ob die mir vorgelegte Urkunde als eine gültige Anstellungsurkunde eines Beamten anzusehen sei.

Ich sprach dann mit Oberregierungsrat B. über die Sache, nachdem dieser vom Urlaub zurückgekehrt war. Wir waren beide außerordentlich bedrückt, daß wir davon wußten. Nachdem Minister Dr. Frid aus der Regierung ausgeschieden war, habe ich mit Herrn B. zusammen über das betonen, ob wir nunmehr dem Nachfolger Dr. Frids auch ohne unmittelbare Veranlassung Mitteilung machen müßten. Ich habe zu dem Zweck auch beamtenrechtliche Kommentare nachgesehen, habe auch mit dem Personalreferenten des Ministeriums über die grundsätzliche Seite der Mitteilung gesprochen; das Resultat meiner Überlegung war aber, daß ich mich nach wie vor an das Schweigegebot gebunden fühlte. Ob die glücklicherweise die Last des Geheimnisses, die mich außerordentlich bedrückte, daß, von mir genommen wird.

Abgesehen kam ich bei meinen Überlegungen zusammen mit Oberregierungsrat B. zu der Ansicht, daß eine Anstellung Hitlers als Beamter trotz etwaiger Ausbändigung der Anstellungsurkunde wohl gar nicht erfolgt sei; denn Hitler sollte weder ein Amt übertragen werden, noch sollte er in die mit dem Amt verbundenen Rechte und Pflichten eintreten. Hitler hat überhaupt keine dienstlichen Beziehungen mit dem Lande Thüringen aufgenommen. In dieser Richtung liegt auch die Tatsache, daß die ganzen Vorgänge überhaupt nicht in den Geschäftsgang gekommen sind.

Ministerialrat A. und Oberregierungsrat B. haben im Anschluß an ihre Vernehmung, daß entweder das Ministerium dem früheren Staatsminister Dr. Frid von ihrer Aufgabe Mitteilung gäbe oder daß sie ermächtigt würden ihm davon Mitteilung zu machen; sie hielten das für angebracht, nachdem sie die Anweisung zur Klärung entgegen der Anordnung des früheren Ministers erhalten hätten.

Staatsminister Dr. Kästner erklärte, er müßte sich die Entscheidung darüber vorbehalten.

W. B. Nachrichtlich
gez. A. gez. B. gez. Walther
Ministerialrat. Oberregierungsrat. Ministerialrat.

Die Berliner Presse zu der Aktion Frids.

Berlin, 4. Februar.

Die „Germania“ spricht von einer „staatsrechtlichen Komödie“ und nennt Hitler „den sonderbarsten aller Parteibeamteten“. Der „Vorwärts“, der von einer „toilen Schiedung“ spricht, fordert genaue Nachprüfung der Vorgänge nach der staats- und kriminalrechtlichen Seite. Es handelte sich um einen schweren Amtsmißbrauch eines nationalsozialistischen Ministers.

Das „Berliner Tageblatt“ sieht in den Vätern Frids ein „plumpes Kander“. Das Blatt bemerkt, daß Hitler von der Angelegenheit nichts gewußt habe.

Die „Sächsische Zeitung“ erörtert ausführlich die Frage der Staatsangehörigkeit und behauptet, daß Hitler in den Jahren nach der Revolution gänzliche Gelegenheiten zur Erwerbung der deutschen Staats-